

nalistische Aktion rettete Tausenden das Leben, sicherte den Völkern der Tschechoslowakei die inneren und äußeren Bedingungen für eine friedliche und ungestörte Arbeit, sie stärkte die Westgrenzen des sozialistischen Lagers und vereitelte die Hoffnungen imperialistischer Kreise auf eine Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges.“

Die Fälschung der Geschichte und der Mißbrauch, der darin besteht, die Darstellung der Ereignisse den politischen Interessen des Augenblicks unterzuordnen, sind in diesem Leitfaden so gravierend, daß das Handbuch nicht als verlässliche Information angesehen werden kann. Der Leser erfährt nicht, wer in den Jahren 1945—1951 Generalsekretär der Partei gewesen ist. Der Name Rudolf Slánský kommt im Leitfaden nicht vor, auch nicht im Zusammenhang mit den politischen Morden der fünfziger Jahre. Der Leser erfährt auch nicht, wer in den Jahren 1945—1953 Vorsitzender der KP der Slowakei war, denn der Name Viliam Široký taucht im Text nicht auf, obwohl dieser Mann 18 Jahre lang Mitglied der Regierung war, davon zehn Jahre deren Vorsitzender. Auch den Namen des Ersten Sekretärs der KP der Slowakei in den Jahren 1953—1963, Karol Bacílek, wird man in der Darstellung vergebens suchen. Wir können noch andere wichtige Namen nennen, die im Leitfaden keinen Platz gefunden haben. Der schockierende Kahlschlag der Namen, eine Art Entvölkerung der Geschichte, das Verschwinden von Menschen, welche die Geschichte der KPTsch oder KP der Slowakei geprägt haben, aus diesem Handbuch der Parteigeschichte hat politische Gründe und Hintergründe. Die Mehrheit derjenigen, die früher hohe Funktionen in der KPTsch bekleidet hatten, hat sich die Ungnade der gegenwärtigen Führung zugezogen. Dafür liest man in der besprochenen Publikation Namen von Politikern geringerer geschichtlicher Bedeutung. So ist z. B. von der Tätigkeit Husáks in den Jahren 1945—1948 viel die Rede.

Der Leitfaden der Geschichte der KPTsch ist geeignet, einen Teil der Funktionen der SED in ihren falschen Vorstellungen und Ansichten über die Tätigkeit und die Politik der Bruderpartei zu bestärken. Er führt sie nicht näher an die Geschichte, sondern er tut alles, um die wirkliche Geschichte der KPTsch vor ihnen zu verbergen.

München

Karel Kaplan

Exil in der Tschechoslowakei, in Großbritannien, Skandinavien und Palästina.

Frankfurt/M. 1981, 747 S. (Kunst und Literatur im antifaschistischen Exil 1933—1945, Bd. 5).

Der von der Akademie der Wissenschaften der DDR in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Literaturgeschichte und der Akademie der Künste der DDR herausgegebene fünfte Band einer insgesamt sieben Bände umfassenden Gesamtdarstellung von Literatur und Kunst im antifaschistischen Exil behandelt mit den Exilländern Tschechoslowakei, Großbritannien, Skandinavien und Palästina zu-

mindest zwei Beispiele (Tschechoslowakei, Großbritannien), zu denen bereits eine umfangreiche und z. T. hochspezialisierte Literatur vorliegt. Der Wert des Buches besteht ohne Frage darin, daß es dennoch sowohl zu den beiden schon gut untersuchten als auch den beiden anderen Exilländern eine Fülle bisher unbekannter Materials bringt und unsere Kenntnis der politischen, literarischen und künstlerischen Tätigkeit der deutschen Emigration zwischen 1933 und 1945 in manchen Bereichen ganz beträchtlich erweitert. Dies gilt ganz besonders für den Komplex „Theater im Exil“, der sowohl für die Tschechoslowakei als auch für Großbritannien und Skandinavien eine außerordentlich dichte, detailreiche und darüber hinaus lebendige und gut zu lesende Darstellung gefunden hat.

Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Beschreibung und Analyse der vielfältigen literarischen und künstlerischen Aktivitäten der Emigration. Die im engeren Sinne politische Bewegung unter den Emigranten wird in der Regel im Zusammenhang mit den inneren politischen Verhältnissen des jeweiligen Aufnahmelandes behandelt, was insofern sinnvoll ist, als diese Verhältnisse über das Ausmaß politischer Betätigung weitgehend entschieden. Insgesamt nimmt jedenfalls die politische Praxis und die Organisation des politischen Lebens der Emigration geringeren Raum ein, und daher werden auch die bekannten politischen Konflikte innerhalb der deutschen Emigration nur gestreift, so etwa die Auseinandersetzung zwischen SPD- und KPD-Exilvertretung in Großbritannien in der Volksfrontfrage.

Zu kritischen Bemerkungen zwingt das Buch insofern, als es in zwei deutlich unterschiedene, heterogene Teile zerfällt: Während das eigentliche Thema — die Entwicklung von Literatur und Kunst — auf originären und teilweise akribischen Forschungsleistungen beruht, lassen sich weite Passagen der Darstellung sicherlich nicht unter dem Titel „Forschung“ subsumieren: Hier handelt es sich vielmehr um politische und ideologische Axiome, die — oft gar nicht explizit genannt — der Untersuchung schon voraus- und zugrundeliegen, sich aber für die Erfassung und empirische Aufarbeitung des Exils allemal als zu eng erweisen. Auf einige dieser Vorausannahmen und die damit verbundene Problematik sei im folgenden hingewiesen.

1. Der Begriff des „Antifaschismus“ wird so schwankend gebraucht, daß unklar bleibt, was damit eigentlich gemeint sein soll. Als politische Kategorie reduziert sich „Antifaschismus“ — wie vor allem aus dem Kapitel über Großbritannien herauszulesen ist — auf die Programmatik des KPD-Exils und diesem nahestehender Gruppen einschließlich der Sozialdemokraten und Mitglieder anderer sozialistischer Organisationen, die der kommunistischen Volksfrontbewegung beitraten. Andererseits reklamiert der Begriff „Antifaschismus“ — soweit dieser auf Literatur und Kunst bezogen wird — nahezu das gesamte kulturelle Spektrum der deutschen Emigration für sich, bis hin zu den „großbürgerlichen Intellektuellen“ wie Thomas Mann, dessen Antifaschismus schwerlich in KPD-Kategorien unterzubringen sein dürfte. Beide Auslegungen sind plausibel nur als Stilisierung der Staatsideologie der DDR, die sich — woran in der Einleitung des Buches noch einmal ausdrücklich erinnert wird — als Hüter und Erbe des deutschen Antifaschismus versteht; dabei hat die politische Traditionslinie „einwandfrei“ zu sein und kann dementsprechend nur an der KPD festgemacht werden, während eine restrikt-

tive Handhabung des kulturellen Antifaschismus-Begriffs zu einer allzu starken Ausdünnung der eigenen literarischen und künstlerischen Landschaft führen würde.

Es erklärt sich nun aus dem primär aktuell-politischen Zwang zur Abgrenzung gegen Antifaschismus-Positionen, die etwa von der SPD oder anderen sozialistischen Gruppierungen besetzt wurden, daß die vorliegende Untersuchung in weiten Teilen zu dem Versuch gerät, der KPD unter allen Umständen — und das heißt: gegen empirische Evidenz — den Ehrenplatz auf der Liste der Hitler-Verfolgten zu sichern. Das Beispiel Großbritannien ist hierfür besonders instruktiv.

2. Die für das Kapitel „Großbritannien“ verantwortlichen Autoren behaupten, daß sich die britische Flüchtlings- und Immigrationspolitik — das Vereinigte Königreich war das wichtigste Asyl-land der deutschen Emigration — in erster Linie gegen die Kommunisten richtete: Die britische Regierung, so die These, wollte es sich — ganz im Sinne der Appeasement-Politik — mit Hitler nicht verderben, indem sie die kommunistischen Reichsfeinde bei sich aufnahm. Man möchte den Autoren empfehlen, einmal etwas in den Akten des Foreign Office oder des Home Office zu blättern, wenn ein flüchtiger Blick in die Sekundärliteratur nicht ausreichen sollte: Wogegen sich die britische Einwanderungspolitik richtete, das waren ohne jeden Zweifel zuallererst die Juden. Die bekannte britische Unterscheidung zwischen „political“ und „economic emigration“ war eine Unterscheidung zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten etc. einerseits, der Masse der Juden andererseits, und es gibt keine Prioritätenliste der zuständigen Regierungsstellen, Paß- und Einwanderungsbehörden, die nicht unmißverständlich den Vorrang der „politischen“ vor den „wirtschaftlichen“ Flüchtlingen festlegte. Das soll keineswegs heißen, daß Kommunisten in Großbritannien mit offenen Armen aufgenommen wurden. Aber vor die Wahl zwischen einem politisch nicht genehmen „arischen“ oder einem jüdischen Flüchtling gestellt, entschied sich die britische Regierung allemal für ersteren. Manche Regierungen brachten es vor und während des Zweiten Weltkrieges zu beträchtlicher Fähigkeit im Erfinden von Argumenten gegen die jüdische Einwanderung; eine besonders beliebte Strategie bestand darin, eine gewisse Zahl von Kommunisten oder Sozialdemokraten ins Land zu lassen und dann zu verkünden, daß man bereits ein Übersoll an „Humanität“ geleistet habe und daher keiner moralischen Verpflichtung unterliege, auch jüdische Flüchtlinge einwandern zu lassen¹.

Es hat gewiß einen Zusammenhang zwischen britischer Flüchtlingspolitik und der Appeasement-Strategie gegeben; dieser bestand jedoch darin, daß seitens der britischen Regierung alle Anstrengungen unternommen wurden, um eine moralische Verurteilung des Dritten Reiches durch internationale Organisationen zu verhindern. Bezeichnenderweise wurde die Appeasement-Strategie beiseite gelassen, wenn es um jüdische Flüchtlinge ging. Der britische Botschafter in Prag, Newton, empfahl beispielsweise dem Foreign Office im Herbst 1938, in den Nachbarstaaten des Dritten Reiches darauf zu drängen, daß die Grenze gegen Deutschland vollständig geschlossen wurden: dies sei das einfachste und wirkungsvollste Mittel, um

¹ Vgl. Abella, Irving / Troper, Harold: None is too many. Canada and the Jews of Europe 1933—1945. Toronto 1982, 48—49.

die Überschwemmung Europas und der Welt durch deutsche jüdische Flüchtlinge einzudämmen².

3. Der politische Zwang zur Abgrenzung gegen den nichtkommunistischen, insbesondere sozialistischen Antifaschismus — im Grunde eher die Diskreditierung dieser Gruppierungen — führt zu einer ganz verzerrten Darstellung der Labour Party und ihres Verhältnisses zur deutschen kommunistischen und sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien.

Es stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf, wenn behauptet wird, daß die Labour Party — vor allem der für immigrationspolitische Fragen zuständige Leiter ihrer internationalen Abteilung Gillies — der Einreise deutscher Kommunisten nach Großbritannien Hindernisse in den Weg zu legen versuchte und erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihre Haltung änderte (S. 167). Barer Unsinn ist ferner, Labour sei ebenfalls erst durch die Öffentlichkeit dazu veranlaßt worden, die Gründung des Czech Refugee Trust Fund (im Juli 1939) zu unterstützen (S. 166), der die Tätigkeit des British Committee for Refugees from Czechoslovakia fortsetzte, nämlich die Organisation der — zum großen Teil reichsdeutschen — Emigration aus dem Protektorat Böhmen und Mähren und ihre soziale Betreuung und finanzielle Unterstützung in Großbritannien. Dazu sei erstens festgestellt, daß Gillies und der Labour-Abgeordnete Grenfell bereits 10 Tage nach dem Münchener Abkommen nach Prag flogen, um an Ort und Stelle die notwendigen Vorbereitungen für die Weiteremigration der reichsdeutschen Flüchtlinge (Kommunisten, Sozialdemokraten, Juden) und die beginnende Emigration sudetendeutscher Sozialdemokraten zu treffen. Lange vor dem Einsetzen organisierter Hilfe beschaffte Labour Visa, stellte die von den britischen Behörden verlangten Unterhaltsgarantien in Großbritannien aus und sicherte später den Transport der Flüchtlinge durch Polen zum Ostseehafen Gdingen. Als das britische Hilfswerk im Frühjahr 1939 in eine schwere Finanzkrise geriet, sprang die Labour Party noch einmal mit einigen hundert Unterhaltsgarantien ein, die deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten, Sudetendeutsche und Tschechen aus einer verzweiferten Lage in den Sammellagern in Krakau und Kattowitz befreiten. Zweitens hat Labour seit den ersten Oktobertagen 1938 unablässig versucht, die britische Öffentlichkeit zur Hilfe für die Flüchtlinge in der Tschechoslowakei zu mobilisieren; die Partei bombardierte die britische Regierung mit Resolutionen und Protesten, in denen das Kabinett aufgefordert wurde, öffentliche Gelder für die materielle Absicherung der Flüchtlinge bereitzustellen, und sie hat auf diese Weise erheblich dazu beigetragen, daß der Czech Refugee Trust Fund ins Leben gerufen werden konnte.

Dies alles ist ebenso längst bekannt wie die Tatsache, daß British Labour mit der deutschen sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien im Grunde nichts zu tun haben wollte. Die Ursachen hierfür — Labour sah die Rolle der deutschen Sozialdemokratie in der Weimarer Republik und ihre Mitverantwortung für den Aufstieg des Nationalsozialismus sehr viel kritischer als das SPD-Exil selbst — sind im einzelnen schon mehrfach überzeugend dargelegt worden³, es erübrigt sich also,

² Public Record Office, London. FO 371/21585. C 12986/11896/12.

³ Vgl. neuerdings dazu Glees, Anthony: Das deutsche politische Exil in London

sie hier noch einmal aufzuzählen: Woher die vorliegende Untersuchung die Vorstellung von einer antikommunistischen Interessengemeinschaft der Labour Party und des deutschen sozialdemokratischen Exils nimmt, bleibt somit unerfindlich. Im Bemühen, antikommunistische Fronten aufzubauen, um die KPD-Exulanten am Ende als in der Tat allseitig Verfolgte und Bekämpfte präsentieren zu können, schießen die Autoren auch bei ihrer Einschätzung der britischen Regierung und der Behörden des Landes weit über das Ziel hinaus. Daß im Weltbild der britischen konservativen Kabinette von 1933 bis 1945 für Marx, Lenin und Stalin wenig Raum war, muß ja nicht erst gesagt werden und bedarf jedenfalls keines weitläufig lamentierenden Kommentars. Aber es ist inzwischen ein alter Hut, daß die deutschen Kommunisten, gerade weil sie in ihrer Kritik an den deutschen politischen Verhältnissen sehr viel schärfere Töne anschlugen als andere deutsche Exilgruppen, von den britischen Behörden wohlwollender behandelt wurden als etwa das SPD-Exil⁴.

4. Niemand wird ernsthaft bezweifeln wollen, daß Exil und Emigration weithin mit Leid, psychischem und materiellem Elend, Angst und Verzweiflung verbunden waren. Von einer Untersuchung, die sich ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat, neben der Entwicklung von Literatur und Kunst im Exil auch diesem Aspekt nachzugehen, müßte man erwarten können, daß ihre Sensibilität für die allgemein-menschliche Problematik nicht an parteiischen Grenzen endet. Dies würde indessen eine Distanz zum Untersuchungsgegenstand voraussetzen, die nicht nur diesem, sondern auch vielen anderen Beiträgen zur Exilforschung fehlt.

Es ist wahrscheinlich nicht zufällig, daß in dem Tschechoslowakei-Kapitel nur sehr wenig und dann bloß Unwesentliches darüber zu finden ist, unter welchen Umständen die deutsche Emigration aus der Zweiten Republik bzw. aus dem Protektorat Böhmen und Mähren und schließlich aus Polen gerettet wurde. In der Tat stellt gerade Polen im Frühjahr und Frühsommer 1939 einen Abschnitt in der Geschichte des deutschen kommunistischen, aber auch des deutschen sozialdemokratischen, des tschechischen kommunistischen und sozialistischen Exils dar, der durchaus nicht in das historiographisch tradierte Bild dieser Gruppierungen paßt. In einer unheiligen Allianz mit der britischen Regierung und ihrer antijüdischen Immigrationspolitik haben sich diese Gruppen damals im britischen Rettungswerk in Kattowitz und Krakau zusammengefunden, um — selbstgerecht auf ihre besondere Qualität als „politische“ Flüchtlinge pochend — die Masse der jüdischen Flüchtlinge als „unpolitische“ Emigration aus den Hilfskomitees und damit der Visazuteilung auszuschließen. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, befanden sich noch 2000 jüdische Flüchtlinge in Polen, die von der deutschen Kriegsmaschinerie überrollt wurden; die emigrierte Linke hatte sich zu diesem Zeitpunkt längst nach Großbritannien in Sicherheit gebracht.

Vor diesem Hintergrund kommt die Rede von der internationalen Solidarität im antifaschistischen Exil, die in der Untersuchung Seite für Seite beschworen wird,

1939—1945. In: *Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland*. Hrsg. v. Gerhard Hirschfeld. Stuttgart 1983, 62—79 (Veröffentl. d. Deutschen Historischen Instituts London 14).

⁴ E b e n d a 71.

etwas zu selbstgewiß daher. Viel eher drängt sich im Blick auf solche Ereignisse die Frage auf, die der kleine jüdische Händler Gedalja in Isaak Babels „Reiterarmee“ angesichts der Greuel des polnisch-russischen Krieges stellt, nämlich die Frage nach der „Internationale der guten Menschen“.

Bochum

Peter Heumos

Koebner, Thomas / Köpke, Wulf / Radkau, Joachim (Hrsg.): Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch. Bd. 1. Stalin und die Intellektuellen und andere Themen. Hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung/Society for Exile Studies.

München 1983, 391 S.

Der erste Band des Jahrbuchs „Exilforschung“ ist — das muß ohne Einschränkung festgestellt werden — ein vielversprechender Auftakt zu einem Unternehmen, das von der amerikanischen „Society for Exile Studies“ und einer Reihe amerikanischer und deutscher Universitäten und wissenschaftlicher Institute getragen wird.

Das Jahrbuch setzt sich, wie in den Vorreden des Bandes betont wird, in erster Linie die Erforschung des deutschsprachigen Exils zwischen 1933 und 1945 in einem möglichst breiten Spektrum zum Ziel; für letzteres ist dieser Band bereits ein gutes Beispiel: Zwar haben die Beiträge von Literaturwissenschaftlern ein Übergewicht, doch kommen Politologen, Historiker, Filmfachleute und Schriftsteller mit vorzüglichen Studien keineswegs bloß ergänzend zu Wort. Die Konzentration auf das deutschsprachige Exil möchten die Herausgeber im übrigen nicht exklusiv verstanden wissen; das Jahrbuch soll für die vergleichende Exilforschung offen sein und versuchen, der Bedeutung Rechnung zu tragen, die das (kulturelle) Exil in diesem Jahrhundert generell hat. Jedes Jahrbuch wird ein Schwerpunkt-Thema behandeln.

Dem Schwerpunkt-Thema des ersten Bandes — Stalin und die Intellektuellen — ist etwa die Hälfte aller Beiträge gewidmet; sie befassen sich von unterschiedlichen Positionen her mit Aspekten jener Situation in den dreißiger Jahren, als die Sowjetunion für viele deutsche Emigranten, zumal die sozialistisch engagierten, das einzige Bollwerk gegen die Barbarei des Faschismus darstellte, die Moskauer Prozesse und der Stalin-Terror andererseits zu tiefen Zweifeln an dieser Einschätzung und oft genug zum moralischen und politischen Bruch mit der Sowjetunion führten. Unter den Abhandlungen zu diesem Komplex ragen die Beiträge von H. Abosch (Von der Volksfront zu den Moskauer Prozessen), W. Jasper (Heinrich Mann und die „Deutsche Volksfront“) und Th. Koebner (Arthur Koestlers Abkehr vom Stalinismus) sicherlich heraus; unter Gesichtspunkten, auf die unten noch einzugehen sein wird, ist jedoch vor allem die knappe Skizze über das sowjetische Exil des Filmregisseurs H. Goldberg von P. Straschek hervorzuheben.

Besonders erwähnenswert sind ferner — außerhalb des Schwerpunkt-Themas — die Untersuchung von G. Sautermeister über „Thomas Mann: Volksverführer,